

 **Inhaltsverzeichnis**

- > Vorschläge der eaf zur Familienpolitik unter Berücksichtigung des Koalitionsvertrages
- > Pressemitteilung der eaf vom 1. August 2014
- > Die eaf unterstützt den Aufruf „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte
- > Personelle Veränderung in der Bundesgeschäftsstelle

- > Jahrestagung der eaf, 24.-26. September 2014 in Rendsburg
- > 2. Gender Studies Tagung des DIW Berlin in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, 25. September 2014 in Berlin
- > „Die neuen Väter und ihre Unternehmen“, 14. Oktober 2014 in Berlin
- > Kollegiale Fortbildung: Evangelische Erwachsenenbildung begründen und vertreten, 1. – 2. Oktober 2014 in Kassel
- > Fachtagung „Stopp dem Frauenhandel! – Brennpunkt Osteuropa“, 17. Oktober 2014 in München

- > Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen abgeschlossen
- > Optionspflicht
- > Die Pflegestärkungsgesetze
- > Kabinett beschließt Verbesserungen in der Pflege

- > Veröffentlichung neuer Daten und Fakten im Ländermonitor Frühkindliche Bildung
- > Kita-Ausbau geht weiter; Bundesregierung stockt Mittel auf 1 Milliarde Euro auf
- > Statistisches Bundesamt: Anstieg der Zahl unter Dreijähriger in Kindertagesbetreuung
- > Sprache ist der Schlüssel für Bildungserfolg und Chancengleichheit
- > Deutsche durch Geburt
- > Bundesländer schnüren kleines Bildungspaket
- > Statistisches Bundesamt: Mit 42.100 Inobhutnahmen neuer Höchststand im Jahr 2013
- > Statistisches Bundesamt: Zahl der Adoptionen nimmt ab
- >
- > Das Rentenpaket 2014: Ein großes Geschenk für wenige – für viele eine kleine Anerkennung
- > Grüne sehen Lücken im Sexualstrafrecht
- > Bundesministerin Schwesig fordert eine Kultur der gemeinsamen Verantwortung zum Kampf gegen Rechtsextremismus
- > Situation der Regenbogenfamilien
- > GEW fordert Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen
- > Deutsches Kinderhilfswerk: Betreuungsgeld abschaffen, Kita-Qualität steigern
- > Caritas will Betreuungs- und Elterngeld zu einer Leistung für alle zusammenführen
- > Sprachkenntnisse bei Ehegattennachzug

- > Buchtipp: Verschenkte Potenziale? Lebensläufe nicht erwerbstätiger Frauen
- > Buchtipp: Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand
- > Filme für Menschen, die bereit sind mit Kindern zu wachsen
- > Krisen und Kriege – Spendenmöglichkeit

▶▶▶ Aus der eaf Arbeit

- **Vorschläge der eaf zur Familienpolitik unter Berücksichtigung des Koalitionsvertrages**

Der Koalitionsvertrag enthält eine Vielzahl familienrelevanter Aussagen, die – wie die nachfolgende Stellungnahme der eaf deutlich machen wird – zu einem wesentlichen Teil mit familienpolitischen Positionen und Forderungen unseres Verbandes übereinstimmen. Allerdings ist generell kritisch anzumerken, dass Familienpolitik kein zentraler Schwerpunkt des Vertrages ist: Ihr ist kein zusammenhängendes Kapitel gewidmet, sie erfährt somit nicht die ihr zukommende Aufmerksamkeit und komplexe Betrachtung. Demzufolge fehlen grundlegende Aussagen zu der Frage, wie Politik auf die tiefgreifenden sozial- und familienstrukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft nachhaltig eingehen wird, um den Wert Familie auch für die Zukunft zu erhalten.

In der Tabelle, zu der der Link führt, können Sie die Aussagen der Regierungskoalition zu den verschiedenen familienpolitischen Themen vergleichen mit den Einschätzungen und Empfehlungen der eaf: [Vorschläge der eaf zur Familienpolitik unter Berücksichtigung des Koalitionsvertrages](#)

- **Pressemitteilung der eaf vom 1. August 2014**

Ein Jahr nach Einführung des Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz fordert die eaf: [Bildung von Anfang an: Qualität der frühkindlichen Betreuung erhöhen!](#)

- **Die eaf unterstützt den Aufruf „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“.**

Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und viele Verbände appellieren an die Bundesregierung, das am 1. September 2014 in Kraft tretende UN-Übereinkommen zu menschenwürdiger Arbeit für Hausangestellte effektiv durchzusetzen.

Dazu erschien am 28. August eine Pressemitteilung der eaf: [Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte](#)

- **Personelle Veränderung in der Bundesgeschäftsstelle**

Martina Wasielewski verlässt ab 15.10.2014 die Geschäftsstelle. Ihre Aufgaben (Beantragungen, Finanzen und Buchhaltung) wird künftig Uwe Piel übernehmen.

▶▶▶ Tagungen und Veranstaltungen

- **Jahrestagung der eaf, 24.-26. September 2014 in Rendsburg mit Mitgliederversammlung**

Der Fachtag beschäftigt sich mit dem Thema: Gutes Leben für Familien?! Programm und weitere Informationen unter: www.eaf-bund.de

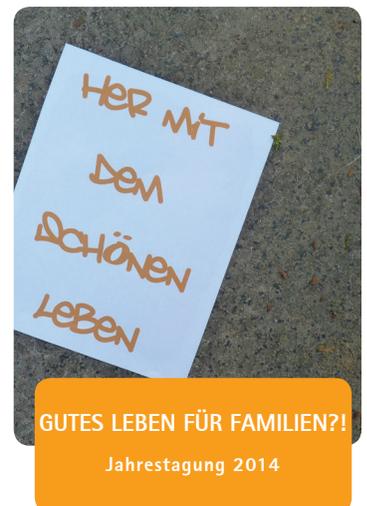
Der [Jahresbericht 2014](#) über die Arbeit der eaf steht zum Download bereit.

- **2. Gender Studies Tagung des DIW Berlin in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, 25. September 2014 in Berlin**

Wie wollen wir künftig arbeiten und wirtschaften? Mit dieser Frage beschäftigt sich die 2. Gender Studies Tagung des DIW Berlin in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. September 2014 in Berlin. Lange wurden Frauen und Männern unterschiedliche Aufgaben und Verantwortungsbereiche zugewiesen, die unterschiedliche Rollen- und lebensbiografische Muster hervorbrachten. Diese Muster wirken immer noch nach. Sie führen dazu, dass viele Individuen und die Volkswirtschaft als Ganzes unter ihren Möglichkeiten bleiben und Prosperitätspotenziale verschenkt werden. Die Tagung stellt sich der Frage nach den Auswirkungen der bestehenden Strukturen auf die geschlechtsspezifische Verteilung von Arbeitsmarktchancen, Arbeitszeiten, Vermögen, Einkommen und Rente. Welchen Preis zahlen Gesellschaft und Ökonomie für das Festhalten an tradierten Strukturen und Geschlechterstereotypen? Wie soll mit dem Problem der langfristig nicht-gelösten Sorgearbeit umgegangen werden? Wie können Wege aussehen, die Frauen und Männern den gleichen Zugang zu den unterschiedlichen Lebensbereichen ermöglichen? Welche kulturellen Herausforderungen sind von Frauen und Männern auf diesem Weg zu bewältigen?

Weitere Informationen: http://www.diw.de/de/diw_01.c.467066.de/gender_studies_tagung.html

- **„Die neuen Väter und ihre Unternehmen“, 14. Oktober 2014 in Berlin**
Das Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“ lädt im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ins Haus der Deutschen Wirtschaft ein.



Knapp 30 Prozent der Väter in Deutschland gehen in Elternzeit, fast ein Viertel wünscht sich vollzeitnahe Teilzeit. Eine Mehrheit findet das eigene Unternehmen nicht väterfreundlich. Viele Unternehmen beschäftigen die Frage, wie sie die „neuen Väter“ überhaupt erreichen? Denn diese melden zurück, familienfreundliche Maßnahmen seien zu sehr auf Mütter zugeschnitten. Doch was bedeutet Vätorientierung konkret? Und wie können Politik und Wirtschaft gemeinsam dafür sorgen, dass Väter Fürsorge für die Familie und Erwerbstätigkeit oder auch Karriere vereinbaren können? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Die neuen Väter und ihre Unternehmen“.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie in Kürze unter www.erfolgsfaktor-familie.de.

Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“, DIHK Service GmbH, Breite Straße 29, 10178 Berlin, Tel.: (030) 20 308 – 6101, Fax: (030) 20 308-5-6101, netzwerkbueero@dihk.de

- **Kollegiale Fortbildung: Evangelische Erwachsenenbildung begründen und vertreten, 1. – 2. Oktober 2014 in Kassel**

Evangelische Erwachsenenbildung gibt es nicht selbstverständlich und versteht sich nicht von selbst – beides wird daran deutlich, dass sie als Teil der öffentlich verantworteten und auch als Teil kirchlich verantworteter Bildung von Erwachsenen nicht erst bei Spardiskussionen begründet und öffentlich vertreten werden muss. Sprach- und Argumentationsfähigkeit für Evangelische Erwachsenenbildung muss sich grundsätzlich gerade darin bewähren, dass sie sich in der säkularen und kirchlichen Öffentlichkeit gleichermaßen zu artikulieren weiß, als verbindendes gemeinsames Ziel das individuelle und allgemeine Wohl zu befördern sucht und ihre unterscheidende und unverwechselbare Stimme hörbar macht.

Weitere Informationen: http://www.deae.de/Veranstaltungen/MA-FB_Programm_01.-02.Oktober2014.pdf

- **Fachtagung „Stopp dem Frauenhandel! – Brennpunkt Osteuropa“, 17. Oktober 2014 in München**

Hunderttausende Mädchen und junge Frauen werden jährlich zu Opfern einer gigantischen Sexindustrie: skrupellose Menschenhändler kidnappen sie oder ködern sie mit falschen Jobversprechungen. Das Geschäft mit der „Handelsware“ Frau blüht – eine Vielzahl der Betroffenen stammt aus Osteuropa. In diesem Kontext veranstalten das Aktionsbündnis gegen Frauenhandel, die Solidaritätsaktion Renovabis und die Hanns-Seidel-Stiftung eine Fachtagung

Bei der Fachtagung steht sowohl der Blick zurück als auch der Blick nach vorne auf dem Programm. Zum einen soll eine Zwischenbilanz zur Situation in Europa 10 Jahre nach der EU-Osterweiterung erfolgen, zum anderen sollen aktuelle Entwicklungen im Bereich der Polizeiarbeit, der Justiz und der Migration diskutiert werden. Eingeladen sind deshalb Expertinnen und Experten aus der Politik, von Polizeibehörden und von Fachberatungsstellen für die Betroffenen von Menschenhandel. Zum Thema der Bekämpfung von Frauenhandel als Herausforderung für die Justizpolitik spricht der Bayerische Staatsminister für Justiz Winfried Bausback (CSU).

Weitere Informationen auf den Webseiten der Veranstalter: www.gegenfrauenhandel.de, www.renovabis.de, www.hss.de.

Familienpolitische Entwicklungen

- **Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen abgeschlossen**
Wissenschaftler und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig stellen Abschlussbericht vor

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Abschlussbericht der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland veröffentlicht. Er fasst die Ergebnisse der 12 Forschungsmodule zusammen, die von über 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen in den letzten vier Jahren erarbeitet wurden. Hierzu erklärt Frau Ministerin Schwesig: „Die Ergebnisse der Wissenschaftler zeigen: eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat einen zentralen Stellenwert für die Familien und die Familienpolitik. Ich freue mich, dass der Abschlussbericht vorliegt. Hieraus können wir eine Menge lernen: Mit dem ElterngeldPlus und den Investitionen in die Kinderbetreuung sind wir auf dem richtigen Weg. Es bleibt aber noch viel zu tun.“ Die Gesamtevaluation untersuchte ab Herbst 2009 die Wirkung zentraler ehe- und familienbezogenen Leistungen auf vier familienpolitische Ziele:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Förderung und Wohlergehen von Kindern,
- Wirtschaftliche Stabilität von Familien und Nachteilsausgleich,
- Erfüllung von Kinderwünschen

Die Evaluation zeigt, dass eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Erreichung der anderen Ziele fördert. Vereinbarkeit ist der Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen Familienpolitik. Zu den Leistungen mit den besten Wirkungen gehören die subventionierte Kinderbetreuung und das Elterngeld. Ohne die öffentlichen Gelder, die in die Kinderbetreuung fließen, wären 100.000 Mütter mit Kindern zwischen einem und drei Jahren nicht erwerbstätig. In Bezug auf das Elterngeld konnte nachgewiesen werden, dass es dazu führt, dass Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Beide Leistungen verringern das Armutrisiko von Familien und stärken das Wohlergehen von Kindern, sie unterstützen zudem die Erfüllung von Kinderwünschen. Die Familienleistungen werden in der Bevölkerung hoch geschätzt. Das gilt für das Kindergeld ebenso wie für das Elterngeld. Weiter belegen die Untersuchungen, dass gerade auch kleine Leistungen sehr gut wirken, wie etwa der

Kinderzuschlag für Geringverdiener oder der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. Diese Leistungen sind im Verhältnis zu ihren Kosten sehr effizient. Das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung steigern indes nur kurzfristig das Einkommen von Familien, weil viele Mütter dadurch ihre Erwerbstätigkeit einschränken, was langfristig häufig zu Einkommensverlusten führt.

Die Gesamtevaluation hat die Familienforschung in Deutschland insgesamt weiter vorgebracht. Erstmals wurde untersucht, wie das Wohlergehen von Kindern altersspezifisch erfasst werden kann und wie die gesetzlichen Leistungen zum Wohlergehen der Kinder beitragen. Mit der Studie „Familien in Deutschland“ wurden die Datengrundlagen über Familien in Deutschland erheblich verbessert; sie werden bereits jetzt von zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern genutzt. Mit der Entwicklung neuer Rechenmodelle wurden auch neue Grundlagen geschaffen, die dazu beitragen können, Fragen nach den Wirkungen veränderter Leistungen zu beantworten. Die Gesamtevaluation hat im In- und Ausland viel Anerkennung erfahren. Die OECD sieht darin ein Beispiel für modernes, wissensbasiertes Regieren.

Der Abschlussbericht wurde von der Geschäftsstelle der Gesamtevaluation, der prognos AG, verfasst. Alle Studien sind veröffentlicht. Den Abschlussbericht, die Studien sowie weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de.

Quelle: BMFSFJ Pressemitteilung vom 27. August 2014

- **Optionspflicht**

Der Deutsche Bundestag hat am 3. Juli 2014 für einen Teil der Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, die sogenannte Optionspflicht neu geregelt. Künftig werden Optionspflichtige, die bis zum 21. Lebensjahr acht Jahre lang in Deutschland gelebt oder hier sechs Jahre eine Schule besucht oder hier einen Schul- oder Berufsbildungsabschluss gemacht haben, dauerhaft sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit(en) ihrer Eltern beibehalten. Die rechtlichen und verfassungsrechtlichen Zweifel an der Optionsregelung bleiben bestehen. Der Verband fordert daher die komplette Abschaffung der Optionspflicht und die grundsätzliche Akzeptanz von Mehrstaatigkeit.

Quelle: Newsletter des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften vom 20. August 2014

- **Die Pflegestärkungsgesetze**

Die Pflegestärkungsgesetze verbessern den Pflegealltag in Deutschland – indem Pflegekräfte, Pflegebedürftige und Angehörige durch bessere Leistungen gestärkt werden. Das sichert gute Pflege auch in Zukunft.

Mehr Informationen: www.bmg.bund.de/pflegestaerkungsgesetze sowie <https://www.youtube.com/watch?v=96Yr-RKoVY4>

- **Kabinett beschließt Verbesserungen in der Pflege**

Das Bundeskabinett hat umfangreiche Änderungen des 1. Pflegestärkungsgesetzes beschlossen, die ab 2015 in Kraft treten sollen. Vor allem Familien, die Angehörige zu Hause pflegen, sollen stärker unterstützt werden, z. B. durch mehr Tages- und Kurzzeitpflege. Zudem werden neue Betreuungs- und Entlastungsleistungen eingeführt wie Haushaltshilfen oder Alltagsbegleiter. Dafür erhalten künftig alle Pflegebedürftigen 104 Euro pro Monat. Der Zuschuss zu Umbaumaßnahmen steigt von bisher 2.557 auf bis zu 4.000 Euro pro Maßnahme. Auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird verbessert: Wer kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren muss, erhält eine Lohnersatzleistung für eine zehntägige bezahlte Auszeit vom Beruf. Um diese Verbesserungen zu erreichen, werden die Beiträge zur Pflegeversicherung ab 2015 um 0,3 Prozentpunkte und im Laufe der Wahlperiode um weitere 0,2 Prozentpunkte angehoben. Damit stehen insgesamt fünf Milliarden Euro mehr für den Ausbau in der Pflege zur Verfügung. Detaillierte Informationen finden Sie im Gesetzentwurf und in der Übersicht der Leistungsverbesserungen ab 2015.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit am 28. Mai 2014

Zahlen, Daten, Fakten

- **Veröffentlichung neuer Daten und Fakten im Ländermonitor Frühkindliche Bildung**

Bildungschancen unterscheiden sich erheblich zwischen den Bundesländern / Bertelsmann Stiftung fordert Bundes-Kita-Gesetz für einheitliche Standards / Qualitätsoffensive für angemessene Personalschlüssel würde bundesweit 120.000 zusätzliche Erzieherinnen erfordern

In der frühkindlichen Bildung bleibt gute Qualität oftmals auf der Strecke, weil viele Kindertageseinrichtungen nicht genügend Erzieherinnen haben. Die Personalschlüssel für Kitas in Deutschland weichen teilweise erheblich von einem kindgerechten und pädagogisch sinnvollen Betreuungsverhältnis ab und sind zudem von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich. In Bremen und Baden-Württemberg ist eine Erzieherin in den Krippen durchschnittlich für drei Kinder zuständig, in Sachsen-Anhalt hingegen für mehr als sechs Kinder. „Wir brauchen dringend einheitliche Qualitätsstandards, die in einem Bundes-Kita-Gesetz geregelt sind“, sagte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Würden die von der Bertelsmann Stiftung empfohlenen Personalschlüssel für alle Kitas in Deutschland verbindlich gelten, wären 120.000 zusätzliche Erzieherinnen erforderlich. Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, dass bei den unter Dreijährigen eine Erzieherin für höchstens drei Kinder verantwortlich ist. Für die Altersgruppe ab drei Jahren sollte der Personalschlüssel nicht schlechter

als 1 zu 7,5 sein. „Politik und Praxis sollten sich auf bundesweite kindgerechte Standards einigen, damit alle Kita-Kinder in Deutschland gute Bildungschancen haben“, sagte Dräger. Diese Standards müssten in einem Bundes-Kita-Gesetz geregelt werden. Dort könnten auch Zeitbudgets für Leitungsaufgaben sowie Qualitätskriterien für Fort- und Weiterbildungen sowie die Mittagsverpflegung festgelegt werden. Erst kürzlich hatte eine Studie der Bertelsmann Stiftung beim Kita-Essen erhebliche Defizite offen gelegt.

Differenzierte Informationen zu diesen Berechnungen finden Sie auf der Website www.laendermonitor.de/laendermonitor/aktuell. Da die erforderlichen Ausgaben für die vorgeschlagene Verbesserung der Personalschlüssel von den Bundesländern und Kommunen kaum allein finanziert werden können, ist aus eine Beteiligung des Bundes erforderlich. Deshalb wurde ein Vorschlag für eine standardbasierte Finanzierungsbeteiligung des Bundes an den Kita-Ausgaben entwickelt – nähere Informationen hierzu finden Sie ebenfalls auf der genannten Website.

Quelle: Pressemitteilung Bertelsmann Stiftung vom 25. Juli 2014

- **Kita-Ausbau geht weiter; Bundesregierung stockt Mittel auf 1 Milliarde Euro auf**

Der Bund stellt den Ländern weitere Finanzhilfen für den Betreuungsplatzausbau für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung. Dies hat das Bundeskabinett am 20. August 2014 beschlossen und das „Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung“ auf den Weg gebracht. [...] Zum ersten Mal seit Beginn der Investitionsprogramme des Bundes sollen nunmehr auch Ausstattungsinvestitionen förderfähig sein, die der gesunden Versorgung, Maßnahmen der Inklusion sowie der ganztägigen Betreuung dienen, wie etwa die Einrichtung von Küchen oder Sporträumen. Zudem wird mit dem Gesetzesentwurf ebenfalls erstmalig gesetzlich verankert, dass die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer u. a. dem Ziel der Sprachförderung dient. [...]

Im Zusammenhang mit der Bewältigung der Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen soll das bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungsaufbau“ um 550 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro aufgestockt und der Länderanteil an der Umsatzsteuer zulasten der Bundesanteile an der Umsatzsteuer in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 100 Millionen Euro erhöht werden. Zudem werden die Voraussetzungen sowie Verfahrensregelungen für die Durchführung des (dritten) Investitionsprogramms 2015–2018 festgelegt.

Quelle: BMFSFJ Pressemitteilung vom 20. August 2014

- **Statistisches Bundesamt: Anstieg der Zahl unter Dreijähriger in Kindertagesbetreuung**

Zum 1. März 2014 wurden rund 662.000 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen weiter mitteilt, waren dies knapp 64.000 Kinder beziehungsweise 10,6 Prozent mehr als im Vorjahr, nach einem Anstieg von 6,8 Prozent (+ 38.000 Kinder) zwischen dem 1. März 2012 und dem 1. März 2013. Seit dem 1. August 2013 gibt es für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz.

Bei den hier veröffentlichten Daten handelt es sich um vorläufige Ergebnisse der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Gegenstand der Erhebung ist die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung, das heißt, es werden nur tatsächlich betreute Kinder berücksichtigt.

Die Entwicklung der Anzahl der betreuten Kinder fiel im Ländervergleich unterschiedlich aus. In Nordrhein-Westfalen (+ 20,0 Prozent) und Bremen (+ 17,5 Prozent) waren die höchsten Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Die niedrigsten Steigerungen gab es in Sachsen-Anhalt (+ 0,3 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (+ 1,5 Prozent) und Thüringen (+ 1,9 Prozent). Dabei ist zu beachten, dass in den ostdeutschen Flächenländern bereits hohe Betreuungszahlen erreicht wurden. Die Steigerungen fallen dort dementsprechend nur noch gering aus.

Die Mehrzahl der Eltern von Kindern unter 3 Jahren nutzten die Tagesbetreuung in Einrichtungen (84,8 Prozent). Mit einem Anteil von bundesweit 15,2 Prozent spielte die Kindertagespflege bei einer Tagespflegemutter oder einem -vater nach wie vor eine deutlich geringere Rolle. Gegenüber dem Vorjahr ist eine leichte Verlagerung zur Tagesbetreuung in Einrichtungen festzustellen (+ 0,6 Prozentpunkte).

Im März 2014 gab es bundesweit 53.466 Einrichtungen und 44.835 Tagespflegemütter und -väter. Gegenüber dem Vorjahr stieg sowohl die Zahl der Kindertageseinrichtungen (+ 1,9 Prozent) als auch die Zahl der Kindertagespflegepersonen (+ 2,0 Prozent) geringfügig.

Endgültige Ergebnisse werden voraussichtlich im September 2014 veröffentlicht. Weiterführende Daten zur Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland auf Basis der vorläufigen Daten finden Sie unter www.destatis.de --> Zahlen Fakten --> Gesellschaft & Staat --> Soziales --> Sozialleistungen --> Kinder- & Jugendhilfe --> Tabellen.

Quelle: [Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16. Juli 2014](#)

- **Sprache ist der Schlüssel für Bildungserfolg und Chancengleichheit**

Das Erfolgsprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ wird fortgesetzt

Das erfolgreiche Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ wird fortgesetzt. Bis zum 31. Dezember 2015 sollen rund 4.000 Schwerpunkt-Kitas bundesweit gefördert werden. Dafür stellt der Bund zusätzlich rund 100 Millio-

nen Euro jährlich zur Verfügung und investiert erneut in die qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung. Jede geförderte Einrichtung erhält davon 25.000 Euro pro Jahr, jeder Einrichtungsverbund 50.000 Euro pro Jahr. [...]

Auch über 2015 hinaus plant der Bund eine weitere Initiative zur sprachlichen Bildung. Diese soll auf den Erkenntnissen der Evaluation und des Eckpunkteprozesses des laufenden Programms aufbauen. Aus diesem Grund wird das Programm „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ zunächst um ein weiteres Jahr verlängert, um es dann gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Ländern und Kommunen nachhaltig weiterzuentwickeln.

Unterstützt werden die Erzieherinnen und Erzieher in den Schwerpunkt-Kitas bei ihrer sprachpädagogischen Arbeit mit den Kindern und bei der Zusammenarbeit mit den Familien der Kinder durch zusätzliche Fachkräfte, den Sprachexpertinnen und Sprachexperten. Sie sind gleichsam der „Motor“ der Weiterentwicklung des Bildungsbereichs Sprache in den Schwerpunkt-Kitas. Die programmbegleitende Bund-Länder-Steuerungsgruppe hat den Auftrag, einen Abschlussbericht zur Umsetzung des Bundesprogramms zu erarbeiten. Dieser Bericht soll gemeinsame Eckpunkte des Bundes und der Länder über eine hochwertige und verlässliche sprachliche Bildung in Kindertageseinrichtungen enthalten.

Weitere Informationen: www.bmfsfj.de und www.fruehe-chancen.de

Quelle: BMFSFJ Pressemitteilung vom 24. Juli 2014

- **Deutsche durch Geburt**

In den Jahren 2000 bis einschließlich 2012 sind in Deutschland laut Bundesregierung gut 9.038 Millionen Kinder geboren worden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (18/2126) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/1928) weiter hervorgeht, erwarben davon etwa 8,573 Millionen mit Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft. Unter diesen waren den Angaben zufolge 8,112 Millionen, bei denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. „Darunter waren 1,174 Millionen, bei denen nur ein Elternteil deutsch war“, heißt es in der Vorlage weiter. Danach waren bei etwa 460.000 Kindern die Eltern nicht deutsch, und die Kinder erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit, weil zum Zeitpunkt ihrer Geburt mindestens ein ausländischer Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hatte.

Quelle: heute im bundestag vom 30. Juli 2014

- **Bundesländer schnüren kleines Bildungspaket**

Die Bundesländer haben im Jahr 2012 vom Bund bereitgestellte Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) in Höhe von rund 284 Millionen Euro zwar abgerufen aber nicht ausgegeben. Das geht aus der Antwort (18/2162) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (18/2059) der Fraktion Die Linke hervor. Diese Summe könne der Bund, anders als von den Ländern zunächst vermutet, zurückfordern. Allerdings würden aus Sicht der Bundesregierung durch die Rückforderungen die Mittelausstattung und der Mittelbedarf der Kommunen für BuT-Leistungen im Jahr 2014 nicht tangiert werden, heißt es in der Antwort.

Quelle: heute im bundestag vom 6. August 2014

- **Statistisches Bundesamt: Mit 42.100 Inobhutnahmen neuer Höchststand im Jahr 2013**

Im Jahr 2013 haben die Jugendämter in Deutschland 42.100 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Das waren gut 1.900 Minderjährige (+ 5 Prozent) mehr als 2012. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hat die Zahl der Inobhutnahmen in den letzten Jahren stetig zugenommen, gegenüber 2008 (32.300 Inobhutnahmen) stieg sie um 31 Prozent. Der häufigste Anlass für die Inobhutnahme eines/einer Minderjährigen war mit einem Anteil von 40 Prozent (16.900 Kinder und Jugendliche) die Überforderung der Eltern beziehungsweise eines Elternteils. Erneut stark zugenommen hat die Zahl der Minderjährigen, die aufgrund einer unbegleiteten Einreise aus dem Ausland in Obhut genommen wurden. Insgesamt kamen 2013 rund 6.600 Kinder und Jugendliche ohne Begleitung einer sorgeberechtigten Person über die Grenze nach Deutschland, sechsmal mehr als im Jahr 2008 (1.100 Minderjährige). Rund 5.900 dieser jungen Menschen (89 Prozent) waren männlich, dagegen reisten nur etwa 700 Mädchen unbegleitet nach Deutschland ein. Knapp 4.600 (69 Prozent) der Minderjährigen waren 16 oder 17 Jahre alt.

Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, die sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Grund von Hinweisen Anderer – beispielsweise der Polizei oder von Erzieherinnen und Erziehern – in Obhut und bringen sie in einer geeigneten Einrichtung unter, zum Beispiel in einem Heim.

Weitere Informationen finden Sie auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de --> Publikationen --> Thematische Veröffentlichungen --> Soziales.

Quelle: [Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 25. Juli 2014](#)

- **Statistisches Bundesamt: Zahl der Adoptionen nimmt ab**

Die Zahl der Adoptionen in Deutschland ist im Jahr 2013 auf 3.793 Adoptionen zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, waren das 2,4 Prozent weniger als im Jahr 2012. Mehr als die Hälfte aller Adoptionen

(2.232 beziehungsweise 59 Prozent) erfolgte durch Stiefeltern, also einen neuen Partner oder eine neue Partnerin des leiblichen Elternteils. 1.13 Kinder (3 Prozent) wurden durch Verwandte angenommen, 1.448 Kinder (38 Prozent) durch nicht verwandte Personen. Gut ein Drittel (35 Prozent) der im Jahr 2013 adoptierten Kinder war unter drei Jahre alt. Hier zeigten sich Unterschiede beim Verwandtschaftsverhältnis der Kinder zu den Adoptiveltern: Bei Adoptionen von nicht verwandten Kindern lag der Anteil der unter Dreijährigen bei 64 Prozent. Dagegen betrug der Anteil unter dreijähriger Kinder bei einer Adoption durch Verwandte oder Stiefeltern lediglich 16 Prozent. Für eine Adoption vorgemerkt waren am Jahresende 2013 insgesamt 817 Kinder und Jugendliche. Das waren 15 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Adoptionsbewerbungen hat sich gegenüber 2012 erneut vermindert. In den Adoptionsvermittlungsstellen lagen 5.362 Adoptionsbewerbungen (- 5 Prozent) vor. Rechnerisch standen damit einem zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen sieben mögliche Adoptiveltern gegenüber.

Quelle: [Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 1. August 2014](#)

Themen, die weiter zu beobachten sind

- **Das Rentenpaket 2014**

Ein großes Geschenk für wenige – für viele eine kleine Anerkennung

Am 1. Juli traten die neuen Rentenregelungen in Kraft. Wie geschlechtergerecht sind sie? Gewinnen Frauen durch diese Reform? Wie wirkt sich die systemwidrige Finanzierung der Mütterrente künftig aus? Mit dem Rentenpaket 2014 hat sich auch die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Hannelore Buls, kritisch beschäftigt: Nachdem die Rentenpolitik der letzten Jahre die Altersvorsorge mehr und mehr auf betriebliche und private Vorsorge verlagert hat, gewinnt die Frage, welche Maßnahmen es im Rentenpaket 2014 gegen Altersarmut gibt, eine immer wichtigere Bedeutung für Frauenpolitikerinnen. Frauenrenten waren im Westdeutschland im Durchschnitt schon immer niedrig, und die dramatischen Rentenverluste der letzten Jahre in Ostdeutschland sind vor allem auf die dortige Arbeitsmarktlage zurückzuführen. Die durchschnittlich ausgezahlte Bestandsrente für Frauen im Westen liegt seit Jahren bei etwa 500 Euro. Sie steigt nur langsam an, weil mehr Frauen zwar versicherungspflichtig, aber in Teilzeit arbeiten und ihr Gesamt-Arbeitszeitvolumen nicht gestiegen ist. Frauen teilen sich also „ihren“ Arbeitsmarkt nur neu auf. Die Rente der ostdeutschen Zugangsrentnerinnen liegt heute mit rund 750 Euro ebenfalls erheblich unter der der Männer (rund 900 Euro). Verantwortlich dafür sind, dass die für Frauenbranchen typische Arbeitsgestaltung – Teilzeit, Minijobs und Niedriglohn – nach Ostdeutschland übertragen wurde sowie die rentensenkende Wirkung der Rentenreformen der letzten Jahre, und die gilt für alle neuen Renten. Bei NeurentnerInnen ist heute allgemein festzustellen, dass bereits ein Drittel der Zugangsrenten von Männern und zwei Drittel der Zugangsrenten von Frauen unterhalb der Grundsicherung liegen. Eine wichtige frauenpolitische Frage ist also, ob das Rentenpaket der Altersarmut speziell der Frauen entgegenwirken kann.

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/ein-grosses-geschenk-fuer-wenige-fuer-viele-eine-kleine-anerkennun.html>

Quelle: Deutscher Frauenrat; Internet (gesehen am 22. August 2014 um 10:48)

- **Grüne sehen Lücken im Sexualstrafrecht**

Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen müssen noch bestehende Lücken im Strafrecht bei sexueller Gewalt und Vergewaltigung geschlossen werden. Die sexuelle Selbstbestimmung müsse schon dann geschützt werden, wenn das Opfer keinen sexuellen Kontakt wolle und mit Worten widerspreche, heißt es in einem Antrag (18/1969) der Fraktion an den Bundestag, in dem ein Gesetz zur Ratifizierung der sogenannten Istanbul-Konvention verlangt wird. Im Jahre 2011 habe Deutschland das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unterzeichnet. Darin würden die Vertragsstaaten in Artikel 36 verpflichtet, „alle Formen vorsätzlich nicht einverständlicher sexueller Handlungen unter Strafe zu stellen“. Mit der Ratifizierung müssten „die Tatbestände gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ entsprechend geändert werden. Die derzeitige Gesetzeslage im deutschen Strafrecht entspreche nicht den Anforderungen der Konvention. Es müsse ferner sichergestellt werden, dass die Länder regelmäßig statistische Daten über Fälle von sexueller Gewalt sammeln, die in den Geltungsbereich des Übereinkommens fallen.

Quelle: heute im bundestag vom 7. August 2014

- **Einfach wegklicken reicht nicht**

Bundesministerin Schwesig fordert eine Kultur der gemeinsamen Verantwortung zum Kampf gegen Rechtsextremismus im Netz

Anlässlich der Pressekonferenz der Initiative jugenschutz.net zum Jahresbericht des Projekts „Rechtsextremismus Online“, an der die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig zusammen mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, teilnahm, fordert Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig eine Kultur gemeinsamer Verantwortung, um dem Rechtsextremismus im Internet wirkungsvoll entgegen zu treten. Laut Recherchen von jugenschutz.net werden Jugendliche bei Facebook, YouTube und Co. über moderne Angebote und subver-

sive Kampagnen geködert. Gleichzeitig findet sich immer häufiger blanker Hass und Hetze gegen Juden, Muslime, Sinti und Roma oder Homosexuelle. Gerade provokante und emotionalisierende Beiträge erzielen eine hohe Reichweite, auch über Szenegrenzen hinaus. [...] Die Bundesfamilienministerin ruft deshalb alle Internetnutzer auf, menschenverachtende Inhalte an Organisationen wie jugendschutz.net zu melden. „Einfaches ‚Wegklicken‘ hilft da nicht“, so Schwesig. Zudem fordert die Ministerin Provider und Betreiber von Webseiten auf, Hassbeiträge von den Plattformen zu löschen. Doch das alleine reicht nicht. Auch Eltern und auch Lehrer müssen wissen, wie sie Kinder und Jugendliche für die Auseinandersetzung mit Hass und Rassismus stärken können. Eltern und pädagogische Fachkräften haben einen großen Bedarf nach Aufklärung und Information. Wer Hilfe sucht, kann sich an die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus wenden.

Jugendschutz.net und die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ nun auch längerfristig fördern.

Quelle: BMFSFJ Pressemitteilung vom 12. August 2014

- **Situation der Regenbogenfamilien**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangt Informationen über die sogenannten Regenbogenfamilien in Deutschland. In einer Kleinen Anfrage (18/2042) will sie unter anderem wissen, wie viele eingetragene Lebenspartnerschaften es derzeit gibt und wie viele Kinder bei gleichgeschlechtlichen Partnern leben. Zudem möchte sie erfahren, wie viele Kinder, die in einer Pflegefamilie zusammen mit eingetragenen Lebenspartnern leben, von ihren Pflegeeltern adoptiert wurden. Zudem will sie wissen, wie viele Kinder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft seit 2001 geboren wurden.

Quelle: heute im bundestag vom 30. Juli 2014

- **GEW fordert Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert von Bund, Ländern und Kommunen verstärkte Anstrengungen, um die Voraussetzungen für ein verbessertes Bildungs- und Erziehungsangebot in Kindertageseinrichtungen zu schaffen. Nachdem in den letzten Jahren der Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen für unter dreijährige Kinder forciert wurde, muss nun die Verbesserung der Qualität frühkindlicher Bildung in den Vordergrund gerückt werden. „Erzieherinnen und Erzieher sind“, so GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, „bei dem derzeitigen Personalschlüssel mit den vielfältigen Aufgaben überfordert und fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.“

In allen Bundesländern gibt es seit einigen Jahren umfangreiche Bildungspläne, mit denen die Kindertageseinrichtungen aufgefordert werden, systematisch Bildungsangebote zu machen. Zahlreiche Untersuchungen belegen allerdings, dass die Voraussetzungen für die Erzieherinnen und Erzieher, diese Bildungspläne umzusetzen, immer schlechter geworden sind. Den heutigen Anforderungen an Sprachförderung, Dokumentation von Bildungsprozessen, Elterngesprächen und einem verbesserten Übergang der Kinder von der Kita in die Schule kann man mit dem gegenwärtigen Personalschlüssel nicht mehr gerecht werden. Erzieherinnen und Erzieher befinden sich damit in einem Umsetzungsdilemma. [...]

In einem Bundes-Kitaqualitätsgesetz müssten nach Auffassung der GEW vor allem bessere Personalschlüssel, die Freistellung der Leitungskräfte vom Gruppendienst und die Vor- und Nachbereitungszeit geregelt werden. Zur Finanzierung fordert die GEW von Bund, Ländern und Kommunen, sich mit Trägerverbänden und Gewerkschaften auf einen Fünf-Jahres-Plan zur Qualitätsverbesserung zu verständigen. Eine Grundvoraussetzung zur Realisierung besserer Qualität ist, dass sich der Bund an der Finanzierung beteiligt.

In den letzten Monaten hat die GEW gemeinsam mit anderen Fachorganisationen die fachpolitische Diskussion für ein „Bundes-Qualitäts-Gesetz“ vorangetrieben und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig (SPD), aufgefordert, eine politische Initiative zur Verbesserung der Kitaqualität zu ergreifen.

Quelle: Pressemitteilung des Hauptvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom 25. Juli 2014

- **Deutsches Kinderhilfswerk: Betreuungsgeld abschaffen, Kita-Qualität steigern**

Das Deutsche Kinderhilfswerk spricht sich dafür aus, das Betreuungsgeld zugunsten einer umfassenden Qualitätsoffensive in deutschen Kitas abzuschaffen. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes zeigen aktuelle Studien wie beispielsweise der TU Dortmund und des Deutschen Jugendinstituts, dass das Betreuungsgeld zentrale Zielstellungen der Bildungs- und Sozialpolitik konterkariert und die soziale Schere zwischen Arm und Reich verstärkt. Statt des Betreuungsgeldes brauchen wir ein Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre im Bereich der frühkindlichen Bildung. [...]

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat unlängst festgestellt, dass zu wenig Kitapersonal die Kinder krank macht. Hier gilt es durch quantitative Mindeststandards bei den Fachkräften entgegen zu wirken. Außerdem ist eine fortlaufende Professionalisierung und Weiterbildung der Fachkräfte dringend geboten. Das Personal braucht neben pädagogischen Kernkompetenzen auch Diagnosefähigkeiten, um sowohl Defizite als auch Fähigkeiten von Kindern zu erkennen. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert außerdem deutlich mehr akademisch ausgebildete Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen. Es muss sichergestellt werden, dass pädagogische Fachkräfte in ihrer Ausbildung auch auf die Vermittlung

relativ neuer Wissensbereiche, wie zum Beispiel Medienbildung oder interkulturelle Pädagogik ausreichend vorbereitet werden. Dazu gehört auch, die Mitbestimmung von Kindern in Kindertageseinrichtungen mehr als bisher ins Zentrum der Arbeit zu rücken. Denn die frühe Beteiligung von Kindern durchbricht den Kreislauf der Vererbung von Armut. So hat der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes gezeigt, dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungem Alter soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen. Dadurch können die Kinder erfolgreich mit aversiven Reizen umgehen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es also von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter in der Kita entsprechende Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung kompensieren.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Kinderhilfswerkes vom 31. Juli 2014

- **Caritas will Betreuungs- und Elterngeld zu einer Leistung für alle zusammenführen**

„Unsere Befürchtungen, dass durch das Betreuungsgeld gerade Kinder von Eltern mit geringer Bildung und wenig Geld aus finanziellen Gründen nicht mehr in eine Kita gehen, werden durch die aktuelle Studie bestätigt. Deshalb schlagen wir eine grundsätzliche Neuordnung vor“, kommentiert Caritas-Präsident Peter Neher die Ergebnisse einer aktuellen Studie zur Wirkung des Betreuungsgeldes von TU Dortmund und Deutschem Jugendinstitut.

Das Betreuungsgeld wird nur bezahlt, wenn keine staatlich finanzierte Kinderbetreuung in Anspruch genommen wird. Das Elterngeld ist dagegen unabhängig von der Art der Kinderbetreuung, richtet sich aber nach dem Einkommen vor der Geburt. Hartz IV-Bezieher erhalten kein Elterngeld, weil es sich um eine Lohnersatzleistung handelt. Auf diese Weise entstehen sowohl durch das Betreuungsgeld als auch durch das Elterngeld Nachteile für sozial schwache Familien.

Die Caritas schlägt daher vor, das jetzige Elterngeld und Betreuungsgeld zu einer einkommensunabhängigen Leistung für alle Familien zusammenzuführen. „Alle Familien sollten unabhängig von der Art der Kinderbetreuung in den ersten drei Jahren nach der Geburt eines Kindes 300 Euro monatlich zusätzlich zum Kindergeld oder Sozialgeld erhalten“, fordert Neher. Wer nur kurz aussetzen möchte, könnte sich eine höhere Leistung in einem kürzeren Zeitraum auszahlen lassen. Beispielsweise 1 Jahr lang 900 Euro pro Monat. Familien müssten eine echte Wahlfreiheit in ihrer individuellen Lebensgestaltung haben. Dazu gehört auch, dass der Ausbau von qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen schneller voran gehe. „Im Zentrum aller Bemühungen rund um familienpolitische Leistungen müssen die Bedürfnisse der Kinder stehen“, so Neher.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Caritasverband e. V. vom 28. Juli 2014

- **Sprachkenntnisse bei Ehegattennachzug**

„Konsequenzen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug“ lautet der Titel einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/2244). Wie die Fraktion darin unter Verweis auf ein Urteil des Gerichtshofs vom 10. Juli dieses Jahres (Az. C-138/13) schreibt, „verstößt der mit der Verschärfung der Voraussetzungen des Ehegattennachzugs im Jahr 2007 eingeführte Nachweis deutscher Sprachkenntnisse im Visumverfahren gegen das Assoziationsrecht“. Darauf könnten sich hier lebende türkische Staatsangehörige und ihre Ehe- und Lebenspartner ab sofort berufen. Wissen wollen die Abgeordneten unter anderem, wie viele Personen seit dem Jahr 2007 den Nachzug zu ihrem deutschen Ehe- oder Lebenspartner beziehungsweise Verlobten beantragt haben und wie viele den Nachzug zu ihrem in Deutschland lebenden türkischen Ehe- oder Lebenspartner beziehungsweise Verlobten.

Quelle: heute im bundestag vom 11. August 2014

Nützliche Informationen

- **Buchtip: Verschenkte Potenziale? Lebensläufe nicht erwerbstätiger Frauen**

Knapp ein Drittel der Frauen unter 60 Jahren sind nicht erwerbstätig. Die Autorin untersucht, welche Lebensumstände dazu führen, welche Ursachen dafür verantwortlich sind und welche Potenziale an Erwerbstätigkeit, Unabhängigkeit und Zufriedenheit damit verloren gehen. Beruf und Familie sind in Deutschland immer noch schwer vereinbar. Knapp ein Drittel der Frauen unter 60 sind nicht erwerbstätig. Damit geht ein großes Potential an Wissen und Erfahrung dem Arbeitsmarkt verloren. Jutta Allmendinger, Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, untersucht, welche Lebensumstände dazu führen, dass Frauen sich vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Als Ursache nennt sie die Ungleichheit der Geschlechter im Beruf, mangelnde Angebote an Kinderbetreuung, geringe Qualifikation, geschlechtsspezifische Berufswahl und geschlossene Arbeitsmärkte. Ihr Fazit: Zu wenige Frauen schaffen den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben. Deshalb appelliert sie an den Staat, diesen Frauen aktive Hilfe anzubieten und typische Hindernisse zu beseitigen.

Schriftenreihe (Bd. 1120) der Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/35984/verschenkte-potenziale>

- **Buchtip: Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand**

Denken können wir selbst. Aber tun wir es auch in ausreichendem Umfang? Wie steht es mit unserer Haltung zum Ressourcenverbrauch, zum Wachstumsparadigma, zum Statusdenken – und den Auswirkungen, die diese etwas ausgetretenen

Pfade für unsere Zukunft haben. In diesem Sinne will Harald Welzer zum Neu-Denken anregen.

Wer braucht schon eine Aufforderung, selbst zu denken? Der Mensch kann gar nicht anders, könnte man meinen. Worum es in diesem Buch geht, ist das Denken außerhalb ausgetretener Pfade und jenseits vermeintlicher Sachzwänge. Wie sehr bestimmen uns der Wettbewerb, der Zeitdruck, der Markt, der Status, das Wachstumsparadigma? Nutzen wir Postindustrialisierten in unserer vergleichsweise sorgenarmen Existenz die Handlungsspielräume zur Erhaltung oder Schonung von Ressourcen? Ist es in unserem Sinne, dass Statusorientierung, Geiz und Raffgier an die Stelle von Glück und Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschlichkeit treten? Der Zukunftsforscher und Sozialpsychologe Harald Welzer wünscht sich Widerstand statt Passivität und zeigt, wie dieser aussehen könnte.

Schriftenreihe (Bd. 1401) der Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/187572/selbst-denken?blickinsbuch>

- **Filme für Menschen, die bereit sind mit Kindern zu wachsen**

Im ersten Teil dieses Filmes geht es um die Grundbedürfnisse Großer Kinder (i.A.v. 6 bis 14 Jahren), mit folgenden Fragen: Was sind ihre altersspezifischen Lebensbedürfnisse? Was hilft ihnen in ihrer Entwicklung?

In Teil 2 ist der Fokus auf die Lebensorte der Großen Kinder gerichtet, also die Schule, den Hort und das Elternhaus. Was können diese Institutionen dazu beitragen, dass sich Große Kinder ihrem Alter entsprechend körperlich, seelisch, geistig und sozial gesund entwickeln können?

In beiden Teilen bieten lebendige Interviews mit Kindern und PädagogInnen, sowie qualifizierte Statements von hochkarätigen ExpertInnen wertvolle Hinweise und Erkenntnisse. Horte, Schulen und Eltern erhalten mit diesem Film sehr gute Anregungen und Hilfen für die Unterstützung von Großen Kindern.

Gesamtlänge aller Kapitel: ca. 70 Min.

<http://www.av1-shop.de/schulen/333/-was-brauchen-grosse-kinder-in-schule-hort-und-elternhaus>

<https://www.youtube.com/user/AV1Film>

- **Krisen und Kriege – Spendenmöglichkeit**

Katastrophenhilfe der Diakonie: <http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de>

Redaktionsschluss: 27. August 2014



Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und Janina Haase (Layout und Verteiler). E-Mail: info@eaf-bund.de



Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: <http://www.eaf-bund.de>. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: <http://www.eaf-bund.de/newsletter.html>.



Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.